

## Die Landrätin

Kreis Soest . 59495 Soest

Kommunalbetrieb Werl  
Hedwig-Dransfeld-Straße 23a  
59457 Werl



### Umwelt Wasserwirtschaft

Gebäude . Hoher Weg 1 - 3 . 59494 Soest

Name **Frau Weber**  
Durchwahl **02921 30-2212**  
Zentrale 02921 30-0  
E-Mail [wasserwirtschaft@kreis-soest.de](mailto:wasserwirtschaft@kreis-soest.de)  
Internet [www.kreis-soest.de](http://www.kreis-soest.de)

Soest, **02.10.2025**

Bei Schriftwechsel und Fragen bitte stets angeben:

**Geschäftszeichen**  
70.01.0612-66.31.14

**Aktenzeichen**  
240.004.25

## Wasserrechtlicher Bescheid Genehmigung gem. § 68 WHG

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich erteile Ihnen die Genehmigung für die ökologische Aufwertung des Salzbachs im Stadtzentrum von Werl im Abschnitt zwischen der Kreuzung der Straße „Zum Salzbach“ und dem Durchlassbauwerk unter der Bahnstrecke Soest - Unna sowie nördlich des Bahndamms im Bereich der Sporthalle, ebenso für die Errichtung eines Altarms nördlich der Bahnstrecke.

**Gemarkung, Flur, Flurstücke:** Gemarkung Werl, Flur 26, Flurstücke 64, 1431, 992, 993  
Gemarkung Werl, Flur 28, Flurstücke 12, 314, 315, 449  
Gemarkung Werl, Flur 29, Flurstücke 509, 510, 623  
Gemarkung Werl, Flur 30, Flurstücke 118, 524, 525, 528

**Rechtswert/Hochwert:** von ETRS89/UTM 423 855 / 5 712 498  
bis ETRS89/UTM 423 988 / 5 712 393

### Planunterlagen:

Die folgenden Planunterlagen sind Bestandteil dieser Genehmigung:

- Antrag vom 09.07.2025
- Erläuterungsbericht vom 09.07.2025
- Übersichtsplan
- Lageplan
- Querprofile
- Längsschnitt
- Kostenberechnung

### Kontoverbindung

IBAN DE05 4145 0075 0003 0000 23  
BIC WELADED1SOS  
Ust-ID DE 126 631 960



**Südwestfalen**

ALLES ECHT!

Informationen zum Datenschutz: [www.kreis-soest.de/datenschutz](http://www.kreis-soest.de/datenschutz)

Für sehbehinderte und blinde Menschen kann dieses amtliche Schriftstück in barrierefreier Form zur Verfügung gestellt werden. Wenden Sie sich bitte an den Absender.

Die Plangenehmigung umfasst auch die Genehmigung nach § 22 Landeswassergesetz zu

- dem Rückbau tieferliegender und überlanger Durchlässe gemäß Planunterlagen,
- der Entfernung technischer Einbauten, wie das Kurven- und Verbindungsbauwerk vor dem Bahndurchlass (Koordinaten ETRS89/UTM 423 857 / 5 712 381) sowie
- dem Rückbau der Betonbrücke nördlich der Bahntrasse (Koordinaten ETRS89/UTM 423 852 / 5 712 427).

### **Nebenbestimmungen**

#### Anzeigepflichten:

1. Beginn und Ende der Bauarbeiten sind mir sowie der Unteren Fischereibehörde des Kreises Soest schriftlich oder per E-Mail vorher anzuzeigen.

#### Zeitliche Einschränkungen:

2. Die Baufeldräumung, sowie die Baumaßnahmen selbst sind zum Schutz planungsrelevanter und europäischer Vogelarten außerhalb der Hauptbrutzeit, also zwischen dem 01. September und dem 15. März durchzuführen. Sofern durch eine professionelle ökologische Baubegleitung zweifelsfrei ausgeschlossen werden kann, dass artenschutzrechtliche Verbotstatbestände für geschützte Tier- und Pflanzenarten nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz ausgeschlossen werden können, kann in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Soest von dieser Bauzeitregelung abgewichen werden.
3. Vom 01. März bis zum 30. September dürfen keine Gehölzentfernungen, Umpflanzungen oder Rückschnitte durchgeführt werden. Von dieser zeitlichen Regelung kann in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde abgewichen werden, sofern durch eine professionelle ökologische Baubegleitung zweifelsfrei ausgeschlossen werden kann, dass artenschutzrechtliche Verbotstatbestände für geschützte Tier- und Pflanzenarten nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz ausgeschlossen werden können. Sollten Zweifel bestehen ob in den Gehölzen Vogelbruten vorhanden sind oder sollten nicht alle Bereiche einsehbar sein, muss mit der Gehölzentfernung gewartet werden, bis alle in Betracht kommenden Vogelarten ihre Brutzeit beendet haben.
4. Die Maßnahme ist nach Möglichkeit außerhalb der Schonzeiten der Bachforellen (20.10 bis 15.03) durchzuführen.

#### Während der Bauausführung:

5. Der neue Gewässerlauf ist nach dem Leitbild für die Bördebäche, je nach anstehender Bodenart, als Kastenprofil auszubilden. Durch den Einbau von Totholz soll die Entwicklung einer vielgestaltigen Gewässersohle mit Flach- und Tiefwasserzonen gefördert werden. Insbesondere im Altarm soll die Struktur durch Totholz im Gewässerprofil erhöht werden.
6. Zur Gewährleistung der Standsicherheit des Bahndammes ist das rechte Ufer standsicher auszuführen. Die im Uferbereich eingebrachten Wasserbausteine sind als „schlafende Sicherung“ zu belassen und entsprechend der technischen Zeichnung mit geeignetem Bodenaushub ordnungsgemäß zu verfüllen.



7. Die Grüneintragungen in den Planunterlagen sind zu beachten.
8. Bei Baumfällungen ist vor Beginn immer durch einen Fachmann eine Überprüfung von Höhlen, Spalten und Rissen sowie auf Horstbäume hin vorzunehmen (auch hinsichtlich des potentiellen Vorkommens von Vögeln, Fledermäusen oder Kleinsäugern).
9. Der vorhandene Gehölzbestand ist gem. DIN 18920 zu schützen. Bei Arbeiten im Wurzelbereich ist das Merkblatt "Richtlinien für die Anlage von Straßen; Teil: Landschaftsbau; Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen" (RAS-LP 4; Ausgabe 1999) der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen zu beachten. Es sind Schutzmaßnahmen gegen mechanische Schäden an oberirdischen Teilen und im Wurzelraum der Bäume zu ergreifen. Beeinträchtigungen und Verluste sind durch entsprechende Neupflanzungen zu kompensieren.
10. Baumaterialien und Montageeinrichtungen sind so zu lagern, dass sie nicht abgeschwemmt werden können.
11. Im Rahmen der Baumaßnahme sind die DIN 19639 - Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben, DIN 19731 - Verwertung von Bodenmaterial und Baggergut und DIN 18915 - Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Bodenarbeiten zwingen zu beachten.
12. Ober- und Unterboden sind fachgerecht und getrennt voneinander abzutragen und zwischenzulagern.
13. Bodenverdichtung ist durch eine bodenschonende Bearbeitung (u.a. Reduzierung der Radlasten, Baggermatratzen) zu vermeiden. Bautätigkeiten sind möglichst auf Zeiten trockener Witterung und geringer Bodenfeuchte zu beschränken.
14. Mutterboden ist abzuschieben und einer Verwertung zuzuführen.
15. Bei der Verwertung sind die Vorgaben der Bundesbodenschutz-Verordnung und der Ersatzbaustoffverordnung einzuhalten.
16. Sollten bei Erdarbeiten Abfallablagerungen oder Bodenverunreinigungen festgestellt werden, ist das Sachgebiet Bodenschutz des Kreises Soest umgehend zu benachrichtigen. Die vorgefundenen Abfälle bzw. verunreinigter Boden sind bis zur Klärung des weiteren Vorgehens gesichert zu lagern.
17. Bei Baumaßnahmen anfallende Abfälle sind vorrangig einer Verwertung zuzuführen. Abfälle, die nicht verwertet werden, sind soweit möglich auf den Entsorgungsanlagen im Kreis Soest zu beseitigen.
18. Material mit Zuordnungswert  $\geq Z2$  gemäß LAGA (entspricht  $\geq BM-F3$  nach aktueller Ersatzbaustoffverordnung), das sich derzeit unter dem vorhandenen Asphaltbelag befindet, darf nicht unter einer künftig geplanten durchlässigen Deckschicht (z. B. wassergebundene Decke, Rasengittersteine o. Ä.) verbleiben. Vor dem Einbau der durchlässigen Deckschicht ist das betreffende Material vollständig und ordnungsgemäß zu entfernen und zu entsorgen.
19. Unmittelbar vor der Verfüllung der Bereiche bzw. Baggarbeiten an dem Salzbach ist eine Elektrofischerei des Gewässerabschnittes, sowie eine angemessene Strecke von jeweils mindestens 20 m ober- und unterhalb, durch eine hierfür ausgebildete Person durchzuführen. Die gefangenen Fische sind zu entnehmen und an geeigneter

Stelle außerhalb der Ausbaustrecke, nach Erfassung im Befischungsprotokoll wiedereinzusetzen.

20. Trübungen des Salzbaches durch die Baumaßnahme sind durch baggern bei geringen Abflüssen oder technische Maßnahmen zu minimieren. Der Baubeginn ist mir per Mail anzuzeigen.
21. Bei Neuanbindungen von Rohrleitungen ist der ordnungsgemäße Abfluss zu gewährleisten. Die Anbindung ist strömungsgünstig auszubilden.
22. Vor Aufnahme der Arbeiten ist durch den Bauherrn bei der DB InfraGO AG eine örtliche Einweisung (mindestens 15 Arbeitstage vor Baubeginn) zu beantragen und durchzuführen. Dazu ist unter Angabe der Bearbeitungsnummer 202520001 ein Wunschtermin mitzuteilen.

### Hinweise

1. Durch die Baustelleneinrichtung und -verkehr dürfen keine wassergefährdenden Stoffe in den Untergrund bzw. in den Wasserlauf gelangen. Auf der Baustelle ist geeignetes Ölbindemittel vorzuhalten, um auslaufende wassergefährdende Stoffe schnellstmöglich aufzunehmen.
2. Der anfallende Boden ist nach Möglichkeit zu verwerten. Bei optischen oder geruchlichen Auffälligkeiten ist die Untere Abfallwirtschaftsbehörde sofort zu unterrichten. Bis zur Entscheidung der zuständigen Behörde darf das Material nicht der Verwertung, bzw. Entsorgung zugeführt werden.
3. Bei einer Bodenverwertung, z. B. auf landwirtschaftlich genutzten Flächen, ist eine eigenständige Baugenehmigung erforderlich. Der Antrag ist bei der am Aufbringungsort örtlich zuständigen Behörde zu stellen.
4. Die DB InfraGO hat mir Unterlagen zur Kabelauskunft zusammen mit der Stellungnahme zum Bauvorhaben zugeschickt. Diese stelle ich Ihnen gesondert per E-Mail zur Verfügung.
5. Da sich die Planungen für die ökologische Verbesserung mit der hier erteilten Plangenehmigung geändert haben, ist auch der bereits geschlossene Gestattungsvertrag zwischen dem Antragsteller und der DB Immobilien dahingehend anzupassen und einen entsprechenden Nachtrag abzuschließen. Bitte wenden Sie sich hierfür an

Deutsche Bahn AG, DB Immobilien  
Vertragsrecht  
Erna-Scheffler-Str. 5  
51103 Köln  
E-Mail: [ralph.gruenert@deutschebahn.com](mailto:ralph.gruenert@deutschebahn.com)

6. Durch das Vorhaben dürfen die Sicherheit und die Leichtigkeit des Eisenbahnverkehrs auf der angrenzenden Bahnstrecke nicht gefährdet oder gestört werden.
7. Mitarbeiter des DB Konzerns und beauftragte Dritte haben ein jederzeitiges Wege- / Zufahrts- und Betretungsrecht der Bahnbetriebsanlagen auch während der Bauarbeiten.



8. Ein widerrechtliches Betreten und Befahren des Bahnbetriebsgeländes sowie sonstiges Hineingelangen in den Gefahrenbereich der Bahnanlagen ist gemäß § 62 EBO unzulässig und durch geeignete und wirksame Maßnahmen grundsätzlich und dauerhaft auszuschließen. Dies gilt auch während der Bauzeit.
9. Das Bahngelände darf weder im noch über dem Erdboden überbaut werden. Grenzsteine sind vor Baubeginn zu sichern. Sie dürfen nicht überschüttet oder beseitigt werden. Erforderlichenfalls sind sie zu Lasten des Bauherrn neu einzumessen und zu setzen.
10. Die Standsicherheit und Funktionstüchtigkeit der Bahnanlagen (insbesondere Bahndamm, Kabel- und Leitungsanlagen, Signale, Oberleitungsmasten, Gleise etc.) sind stets zu gewährleisten.
11. Die Bauarbeiten müssen grundsätzlich außerhalb des Einflussbereichs von Eisenbahnverkehrslasten (Stützbereich) durchgeführt werden.

Wenn dies nicht möglich ist, ist rechtzeitig vor Baubeginn eine geprüfte statische Berechnung durch den Bauherrn vorzulegen (DB Konzernrichtlinien 836.2001 i.V.m. 800.0130 Anhang 2). Dieser muss von einem vom Eisenbahn-Bundesamt (EBA) zugelassenen Prüfstatiker geprüft worden sein. Es ist nachzuweisen, dass durch das geplante Bauvorhaben die Bahnbetriebsanlagen nicht in ihrer Standsicherheit beeinträchtigt werden.

Erdarbeiten innerhalb des Stützbereichs von Eisenbahnverkehrslasten dürfen nur in Abstimmung mit der DB Netz AG und dem Eisenbahn-Bundesamt (EBA) ausgeführt werden.

Der Stützbereich ist definiert in den DB Konzernrichtlinie 836.2001 i.V.m. 800.0130 Anhang 2. Geländeanpassungen im Bereich der Grundstücksgrenze oder auf Bahngelände sind unter Beachtung der DB Konzernrichtlinien 800.0130 und 836 zulässig.

12. Bei Bauausführungen unter Einsatz von Bau- / Hubgeräten (z.B. (Mobil-) Kran, Bagger etc.) ist das Überschwenken der Bahnfläche bzw. der Bahnbetriebsanlagen mit angehängten Lasten oder herunterhängenden Haken verboten. Die Einhaltung dieser Auflagen ist durch den Bau einer Überschwenkbegrenzung (mit TÜV-Abnahme) sicher zu stellen. Die Kosten sind vom Antragsteller bzw. dessen Rechtsnachfolger zu tragen.
13. Die Flächen liegen in unmittelbarer Nähe einer Oberleitungsanlage. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass von der unter 15.000 Volt stehenden Oberleitung erhebliche Gefahren ausgehen. Die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und Sicherheitsbestimmungen sind zu beachten.
14. Die Standfestigkeit der an das Baugrundstück angrenzenden Oberleitungsmasten darf durch die Baumaßnahme nicht beeinträchtigt werden. Innerhalb eines Radius von 5,00 m um die Oberleitungsmastfundamente ist eine Veränderung der Erdoberkante unzulässig. Bei einer Unterschreitung der geforderten Abstände ist vom Veranlasser ein statischer Nachweis vorzulegen.
15. Werden feste Bauteile (z. B. Einfriedigungen) sowie Baugeräte, Kräne oder ähnliche Einrichtungen in einem Abstand von weniger als 5,00 m zur Bahnanlage errichtet oder aufgestellt, so sind diese zwingend zu erden.  
Das Erfordernis der Bahnerdung kann sich auch durch die Art und Weise der Bauarbeiten ergeben, wenn trotz Einhaltung der Schutzabstände die Gefahr einer Berührung von unter Spannung stehenden Teilen besteht. Die hierdurch entstehenden Kosten gehen zu Lasten des Bauherrn bzw. seiner Rechtsnachfolger.



16. Der Gleisbereich (Regellichraum einschließlich Gefahrenbereich) im Abstand von 4,00 m zur Gleisachse ist jederzeit freizuhalten.
17. Bei Bauarbeiten in Gleisnähe sind die einschlägigen Veröffentlichungen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, insbesondere die DGUV Vorschriften 1, 4, 53, 72 und 78, die DGUV Regel 101-024 sowie die DV 462, ebenso wie die DB-Konzernrichtlinien 132.0118, 132.0123 und 825 zwingend zu beachten.
18. Müssen Sicherheitsabstände zu Bahnbetriebsanlagen unterschritten werden, sind – entsprechend der jeweiligen Gefährdungslage – geeignete Maßnahmen vorab mit der DB InfraGO AG abzustimmen und verbindlich zu vereinbaren. Die hierfür notwendigen Nachweise und Planungsunterlagen sind der DB InfraGO AG rechtzeitig zur Prüfung vorzulegen. Die DB InfraGO AG legt die erforderlichen Schutzmaßnahmen sowie ggf. Standsicherheitsnachweise für Bauwerke fest. Diese Vorgaben sind verbindlich einzuhalten.
19. Im Rahmen der Vegetationskontrolle entlang der Bahnstrecke können folgende Maßnahmen durchgeführt werden, die Auswirkungen auf das benachbarte Vorhaben haben können:
  - vorausschauende Fällung von Bäumen und sonstigen Gehölzen, von denen Gefahren für den Bahnbetrieb oder für Nachbarn ausgehen können,
  - dauerhafte Freihaltung der Sicherheitsräume entlang der Strecke, der Signalsichten sowie der vorgeschriebenen Abstände zu Oberleitungen,
  - Freischnitt von Erd- und Ingenieurbauwerken zur ordnungsgemäßen Bauwerksinspektion,
  - chemische Vegetationskontrollen im Bereich der Fahrbahn des in Betrieb befindlichen Streckenteils zur Gewährleistung der Gleislagenstabilität.
20. Baumaterial, Bauschutt und sonstige Materialien dürfen nicht auf Bahngelände zwischen- oder abgelagert werden. Lagerungen entlang der Bahngeländegrenze sind so vorzunehmen, dass keinerlei Baustoffe oder Abfälle – auch durch Verwehungen – in den Gleisbereich gelangen.
21. Oberflächen- und sonstige Abwässer dürfen nicht auf oder über Bahngrund abgeleitet werden. Diese sind ordnungsgemäß in die öffentliche Kanalisation einzuleiten. Einer Versickerung in Gleisnähe wird nicht zugestimmt.
22. Bahneigene Durchlässe und Entwässerungsanlagen dürfen in ihrer Funktion nicht beeinträchtigt werden (vgl. DB Konzernrichtlinie 836.4601 ff.). Der Zugang zu diesen Anlagen für Inspektion, Wartung und Instandhaltung ist dauerhaft sicherzustellen.
23. Die Vorflutverhältnisse dürfen durch die Baumaßnahme sowie durch Lagerungen von Baumaterial oder Erdaushub nicht verändert werden.
24. Zukünftige Aus- und Umbaumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbetrieb sind der Deutschen Bahn AG weiterhin zweifelsfrei und ohne Einschränkungen im öffentlichen Interesse zu ermöglichen.
25. Für Schäden, die der Deutschen Bahn AG aus der Maßnahme entstehen, haftet der Planungsträger bzw. Bauherr. Dies gilt auch für Folgeschäden, die sich erst in Zukunft aus negativen Einwirkungen auf die Bahnstrecke ergeben. Erforderliche Änderungsmaßnahmen sind in diesem Fall auf Kosten des Vorhabenträgers bzw. dessen Rechtsnachfolger vorzunehmen.



26. Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen können Emissionen entstehen (insbesondere Luftschall, Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe wie Bremsstäube sowie elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder). Daraus resultierende Immissionen an benachbarter Bebauung sind hinzunehmen. Entschädigungsansprüche oder Ansprüche auf Schutz- oder Ersatzmaßnahmen können gegen die DB AG nicht geltend gemacht werden.
27. Vorhandene Kabel- und Leitungsanlagen sind in Abstimmung mit den zuständigen Anlagenverantwortlichen der DB InfraGO AG zu sichern oder erforderlichenfalls umzulegen. Die anfallenden Kosten gehen zu Lasten des Verursachers bzw. seiner Rechtsnachfolger.
28. Arbeiten im Schutzbereich vorhandener Kabel dürfen nur nach ausdrücklicher Zustimmung vorgenommen werden. Das Merkblatt der Deutschen Bahn AG (Erdarbeiten in der Nähe verlegter Kabel) sowie das Kabelmerkblatt (DBAG 892\_9122A01) ist vor Baubeginn schriftlich anzuerkennen; dessen Bestimmungen sind strikt einzuhalten.
29. Weitere Versorgungsträger wurden am Verfahren nicht beteiligt. Eine Abstimmung ist vor Baubeginn erforderlich.
30. Der Artenschutz hat durch die Kleine Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes im Dezember 2007 ein stärkeres Gewicht erlangt. So müssen die Artenschutzbelange nunmehr bei allen Planungs- und Zulassungsverfahren berücksichtigt werden. Es ist von Ihnen im Hinblick auf Artenschutzbelange sicherzustellen, dass keine Lebensstätten planungsrelevanter Arten zerstört werden.  
  
Es ist nicht ersichtlich, dass bei der Realisierung der beantragten Maßnahme die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände für geschützte Tier- und Pflanzenarten nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz berührt werden. Diese anhand der Antragsunterlagen gewonnene vorläufige Einschätzung entbindet Sie jedoch nicht von der Verpflichtung, bei der Bauausführung etwaigen Hinweisen auf vorkommende geschützte Tier- und Pflanzenarten nachzugehen und in diesem Fall unverzüglich die Untere Landschaftsbehörde des Kreises Soest als für den Artenschutz zuständige Behörde zu informieren.
31. Nach § 75 Abs. 4 VwVfG NRW tritt die Plangenehmigung nach fünf Jahren außer Kraft, sofern die Durchführung in diesen fünf Jahren nicht begonnen wird.

### **Kosten**

Diese Genehmigung ergeht verwaltungsgebührenfrei nach § 8 Abs. 1 Ziffer 4 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

### **Begründung**

Mit Schreiben vom 07.07.2025 beantragten Sie die Plangenehmigung für die ökologische Aufwertung des Salzbachs im Stadtzentrum von Werl im Abschnitt zwischen der Kreuzung der Straße „Zum Salzbach“ und dem Durchlassbauwerk unter der Bahnstrecke Soest - Unna sowie nördlich des Bahndamms im Bereich der Sporthalle, ebenso für die Errichtung eines Altarms nördlich der Bahnstrecke.

Sie beabsichtigen den Salzbach im o.g. Bereich ökologisch so aufzuwerten, dass dieser möglichst dem Leitbild eines löß-lehmgeprägten Gewässers entspricht. Hierzu soll das Gerinne des Gewässers durch Anhebung der Sohle und Entfesselung naturnaher gestaltet



werden. Innerhalb des zur Verfügung stehenden Korridors soll sich das Gewässer eigendynamisch entwickeln können. Retentionsraum wird durch die Neuanlage eines Altarms nördlich des Bahndammes geschaffen. Ebenfalls sollen technische Bauwerke (Kurven- und Verbindungsbauwerk vor dem Bahndamm) entfernt werden sowie die angeschlossenen Rohrleitungen optimiert angebunden werden.

Der ausgehobene Boden wird vorrangig zum Verfüllen des Altverlaufs verwendet. Sollte Boden auf andere Weise verwertet werden, beispielsweise auf landwirtschaftlichen Flächen, so ist eine Genehmigung beim Kreis Soest, Sachgebiet Abfallwirtschaft, zu beantragen.

Die Maßnahme wurde auf Grundlage einer textlichen hydraulischen Bewertung geprüft. Auf eine erneute Berechnung wurde aufgrund der hydraulisch betrachtet unwesentlichen Änderungen der Planung im Vergleich zu 2017 und 2022 nach Rücksprache mit der Bezirksregierung und der Unteren Wasserbehörde verzichtet. Durch die ökologische Aufwertung und die Schaffung von Retentionsraum durch den Altarm verbessert sich die Hochwassersituation geringfügig gegenüber dem Bestand.

Eine Berechnung der rauen Gleite nach DWA-M 509 liegt in den Antragsunterlagen nicht vor. Die Art der Ausgestaltung entspricht einer bewährten, gewässertypischen rauen Gleite, sodass von ihrer ordnungsgemäßen Funktion und Standsicherheit ausgegangen werden kann.

Das Maßnahmenggebiet liegt im festgesetzten Überschwemmungsgebiet. Gemäß § 78a WHG sind Maßnahmen für den Gewässerausbau nicht von den Verboten im Überschwemmungsgebiet betroffen.

Im Verfahren wurden die Deutsche Bahn AG – DB Immobilien, die anerkannten Naturschutzverbände, die LWL-Archäologie und die Untere Abfallwirtschafts- die Untere Bodenschutz-, die Untere Fischerei- sowie die Untere Naturschutzbehörde des Kreises Soest beteiligt.

Die im Beteiligungsverfahren vorgetragenen Anregungen konnten einvernehmlich mit den Trägern öffentlicher Belange und Ihnen durch entsprechende Nebenbestimmungen und Hinweise in dieser Genehmigung berücksichtigt werden.

Die Deutsche Bahn AG – DB Immobilien hat Bedenken hinsichtlich der Standsicherheit des Bahndammes geäußert. Aus diesem Grund wird die gesamte rechte Böschung entlang des Bahndammes als sensibler Bereich (Zwangspunkt) eingestuft. Zum Schutz dieses Bereichs ist eine Sicherungsmaßnahme der Böschung zwingend erforderlich, deren Ausgestaltung in enger Abstimmung mit der DB InfraGO zu erfolgen hat.

Am 01.10.2025 hat hierzu eine Videokonferenz mit den zuständigen Ansprechpartnern, Herrn Langer und Herrn Agca, stattgefunden. Seitens der DB InfraGO wurde drei grundsätzlich zielführende und realisierbare Varianten der Böschungssicherung zugestimmt:

Es ist entweder durch einen vom Eisenbahn-Bundesamt (EBA) anerkannten Sachverständigen nachzuweisen und zu bestätigen, dass durch die geplante Gewässerrenaturierung keine Gefährdung des Bahndammes eintritt, oder es sind Sicherungsmaßnahmen umzusetzen. Dabei stehen zwei Ausführungsvarianten zur Verfügung:

- die Herstellung einer ingenieurb biologischen Uferbefestigung in Form von Faschinen auf der gesamten relevanten Länge, oder
- die Beibehaltung der vorhandenen Wasserbausteine als „schlafende Sicherung“ im rechten Uferbereich.

Die letztgenannte Variante wird als Vorzugsvariante festgelegt.



Bei der „schlafenden Sicherung“ durch das Belassen der Wasserbausteine im Untergrund handelt es sich um eine geringfügige Änderung der Planung, welche durch Grüneintragungen sowie Nebenbestimmung Nr. 6 in die Genehmigung aufgenommen wurde. Durch diese Variante der Sicherung hat der Salzbach weiterhin die Möglichkeit sich eigendynamisch bis zu einem festdefinierten Maße zu entwickeln.

Nach Vorprüfung des Einzelfalls habe ich festgestellt, dass das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann, die zu berücksichtigen wären. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist daher nicht erforderlich. Auf die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens konnte ich verzichten, weil das Vorhaben keiner Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf. Es wurde ein Plangenehmigungsverfahren durchgeführt, da dieses aufgrund der Größe, Bedeutung und Auswirkungen des Vorhabens das geeignete und angemessene Verfahren ist.

Meine Prüfung ergab, dass gegen die Erteilung der Plangenehmigung nach § 68 WHG unter Berücksichtigung der Nebenbestimmungen keine Bedenken bestehen.

Die Gültigkeitsdauer dieser Genehmigung wurde zum Wohl der Allgemeinheit gewählt. Gewässer unterliegen einer natürlichen Dynamik. Die Befristung soll vermeiden, dass eine spätere Bauausführung der inzwischen erfolgten natürlichen Entwicklung des Gewässers entgegenläuft.

### **Rechtsgrundlage**

§ 68 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG -)  
Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG)  
Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG)  
Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)  
Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Lande Nordrhein-Westfalen (UVP NW)  
Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NW)  
Gebührengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NRW)


### **Ihre Rechte**

Gegen diesen Bescheid kann Klage erhoben werden. Dabei ist Folgendes zu beachten:  
Die Klage muss

- innerhalb eines Monats
- beim Verwaltungsgericht Arnsberg

erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



Weber